

# QUARTALSBERICHT

Projektland: Brüssel, Entwicklungspolitisches  
Europabüro

Quartal/Jahr: IV/2011

## SCHLAGZEILEN

1. AGENDA FOR CHANGE – NEUORIENTIERUNG DER EUROPÄISCHEN ENTWICKLUNGSPOLITIK
2. DAS EUROPEAN ENDOWMENT FOR DEMOCRACY
3. VORSCHLAG DES BUDGETPLANS 2014-2020 FÜR AUSWÄRTIGE INSTRUMENTE
4. EUROPEAN DEVELOPMENT DAYS
5. BERICHT ZUR KOHÄRENZ IN DER EU-ENTWICKLUNGSPOLITIK
6. UNTERZEICHNUNG DES EU-BEITRITTSABKOMMENS MIT KROATIEN

### 1. AGENDA FOR CHANGE – NEUORIENTIERUNG DER EUROPÄISCHEN ENTWICKLUNGSPOLITIK

Mit der am 13. Oktober in der Kommission präsentierten, zwölf Punkte umfassenden *Agenda for Change* strebt Entwicklungskommissar Andris Piebalgs eine Neuorientierung der europäischen Entwicklungspolitik zur Steigerung ihrer Wirkung an.

Das Ziel der Armutssenkung soll strategischer umgesetzt und die Budgethilfe reformiert werden. Um für die eingesetzten Mittel eine größtmögliche Wirkung zu erzielen, baut die EU dabei auf „differenzierte Entwicklungspartnerschaften“. Besondere Wichtigkeit soll der Nachbarschaftsregion der EU und Subsahara-Afrika, prinzipiell aber den ärmsten Ländern, einschließlich fragiler Staaten, zukommen. Den aufstrebenden Ländern Indien, China, Brasilien und Südafrika, die nachhaltiges Wirtschaftswachstum erfahren und über ausreichende Ressourcen verfügen, wird eine Partnerschaft mit anderem Stellenwert in Aussicht gestellt. Dafür wird als neues Finanzprogramm eigens das Partnerschaftsinstrument (PI) geschaffen.

Die Entwicklungszusammenarbeit der EU soll sich künftig auf zwei Schwerpunktbereiche konzentrieren: Demokratie, Menschenrechte und andere Kernelemente der Guten Regierungsführung einerseits sowie umfassendes und nachhaltiges Wachstum für die menschliche Entwicklung andererseits.

Aus diesen Bereichen ergeben sich folgende Spezialgebiete der Hilfe:

- Soziale Sicherheit, Gesundheit, Bildung und Arbeitsplätze
- Wirtschaftliche Rahmenbedingungen, Regionale Integration und Weltmarkt
- Nachhaltige Landwirtschaft und Energie

Zur Steigerung der Effizienz in der Entwicklungszusammenarbeit sollen die Strategien und Programme der einzelnen Mitgliedsstaaten und der EU besser koordiniert sowie eine Arbeitsteilung angestrebt werden. Da interne Politiken der EU, wie im Bereich Handel, Umwelt und Klima, große Auswirkungen auf die Entwicklungsländer haben, soll die Kohärenz zwischen internen und externen Politiken künftig stärker gewährleistet werden.

Zusätzlich wird die EU neue Wege der finanziellen Unterstützung gehen, indem sie beispielsweise Zuschüsse und Darlehen miteinander verbindet. Die Budgethilfe der EU soll effizienter werden, indem die vertraglichen Bedingungen, die mit dem Mittelfluss einher gehen, verstärkt auf Entwicklungsziele abgestimmt werden. So soll Budgethilfe mit der Regierungssituation und einem politischen Dialog mit dem Partnerland verknüpft werden.

Die Hauptprinzipien der *Agenda for Change* werden sukzessive in die aktuellen und künftigen Programme der EU-Entwicklungszusammenarbeit eingearbeitet werden. Im Frühling 2012 wird die Kommission den Entwicklungsministern der Mitgliedsstaaten die *Agenda for Change* sowie die neue Strategie zur Budgethilfe vorlegen.

[http://ec.europa.eu/europeaid/news/agenda\\_for\\_change\\_en.htm](http://ec.europa.eu/europeaid/news/agenda_for_change_en.htm)

[http://ec.europa.eu/europeaid/what/development-policies/documents/agenda\\_for\\_change\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/europeaid/what/development-policies/documents/agenda_for_change_en.pdf)

## 2. DAS EUROPEAN ENDOWMENT FOR DEMOCRACY

Die Polnische Ratspräsidentschaft hatte der Kommission bereits in der ersten Jahreshälfte als Reaktion auf den Arabischen Frühling und die mangelhafte Vorbereitung der EU auf die Begleitung eines solchen demokratischen Umbruchs einen Vorschlag zur Schaffung eines *European Endowment for Democracy* vorgelegt. So wurde das Endowment bereits als neue Institution zur Demokratieförderung innerhalb der Nachbarschaftspolitik der EU (*A new Response to a changing Neighbourhood*) vom Mai 2011 erwähnt. Ziel des Endowment soll es sein, "tief verwurzelte und nachhaltige" Demokratie zu fördern, indem es eine flexiblere Reaktion auf politische Veränderungen in den Ländern durch die Unterstützung politischer Akteure ermöglicht. Der Fokus der Partnerländer soll hier auf der Nachbarschaftsregion der EU liegen, aber auch darüber hinausgehen. Innerhalb des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) wurde zwischenzeitlich eine Task Force gebildet, die sich mit der Ausarbeitung der genauen rechtlichen und operationellen Rahmenbedingungen der zu gründenden Institution beschäftigt.

Nach den ersten Entwürfen soll das Endowment als internationaler Treuhandfonds mit einer Rechtspersönlichkeit unter dem Gesetz eines Mitgliedsstaates operieren. Es soll Zuschüsse an Institutionen vergeben und dabei ihre Unterstützung direkt an Akteure in den Ländern richten oder mit relevanten Partnern vor Ort kooperieren. Als mögliche Partner werden NGOs, politische Stiftungen sowie das Europäi-

sche Netzwerk Politischer Stiftungen (ENoP) genannt. Zielgruppe könnten politische Bewegungen und Akteure zu Gunsten eines pluralistischen Vielparteiensystems auf demokratischem Boden, soziale Akteure, junge Führungskräfte, unabhängige Medien und Journalisten, NGOs etc. sein.

Das Endowment soll mit einer flachen Struktur und geringen operationellen Kosten schnell und flexibel Entscheidungen treffen können. Es soll sich regelmäßig mit relevanten EU-Institutionen und anderen Akteuren, insbesondere politischen Stiftungen, beraten, um die Komplementarität und den Mehrwert zu bestehenden EU-Instrumenten zu gewähren.

Die Struktur der Institution soll sich aus zwei Organen zusammen setzen, einem Vorstand und einem Geschäftsführungssekretariat. Finanziert wird sie durch freiwillige Beiträge von Mitgliedsstaaten und einen Betrag aus dem EU-Budget (Europäisches Nachbarschaftsinstrument). Der genaue Handlungsrahmen des Endowments wird in den Statuten festgelegt werden.

Nach den anfänglichen Vorschlägen und Ideen hat der Rat der europäischen Außenminister am 01.12.2011 die Entwürfe und Vorarbeiten von Kommission und EAD zum European Endowment for Democracy begrüßt und den Ausschuss der Ständigen Vertreter der Mitgliedsstaaten (COREPER) aufgefordert, den Prozess hin zur Gründung des Endowments zügig zu begleiten. Dem Rat wurde der Entwurf einer Erklärung vorgelegt. Als nächster Schritt zur letztlichen Gründung des Endowments wird diese Erklärung nun von den einzelnen Mitgliedsstaaten zu Beginn des Jahres 2012 unterzeichnet werden müssen.

Mittels des Europäischen Netzwerks der Politischen Stiftungen (ENoP) haben sich die deutschen politischen Stiftungen, darunter die Hanns-Seidel-Stiftung, intensiv am Konsultationsprozess zum Endowment beteiligt. Den Stiftungen war es aufgrund ihrer langjährigen Erfahrung im Bereich der Demokratieförderung ein Anliegen, die Aufmerksamkeit der europäischen Institutionen, insbesondere des EAD und des Rates, auf einige Risiken zu richten, die das neue Organ mit sich bringen könnte. Eine rasche und flexible Unterstützung politischer Akteure in Partnerländern dürfe nicht zu Lasten einer ausgiebigen Analyse der Situation gehen, denn sonst könnten Gelder rasch in falsche Kanäle fließen. Diese Gefahr sei insbesondere bei der direkten Finanzierung von Akteuren gegeben, deshalb sei die Einbindung kompetenter Partner vor Ort essentiell. Zudem seien auch eine Doppelung von Strukturen sowie eine Kürzung bei bestehenden Instrumenten der Demokratieförderung zu vermeiden. Als Ergebnis des Konsultationsprozesses wird ENoP im Entwurf der Erklärung, die dem Rat vorgelegt wurde, ausdrücklich als möglicher Partner sowie als potentiell Vorstandsmitglied zur dauerhaften Beratung erwähnt. So wird ENoP auch weiterhin den Prozess der Gründung des Endowments begleiten sowie in die letztliche Durchführung von Aktivitäten einbezogen werden.

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/EN/foraff/126505.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/126505.pdf)

[http://www.eeas.europa.eu/top\\_stories/2011/250511\\_en.htm](http://www.eeas.europa.eu/top_stories/2011/250511_en.htm)

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_Data/docs/pressdata/EN/foraff/122917.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/EN/foraff/122917.pdf)

[http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/com\\_11\\_303\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/com_11_303_en.pdf)

### 3. VORSCHLAG DES BUDGETPLANS 2014-2020 FÜR AUSWÄRTIGE INSTRUMENTE

Die Europäische Kommission hat Anfang Dezember Budget-Vorschläge für ihre Instrumente im Bereich der Außenbeziehungen für die Jahre 2014-2020 vorgelegt. Diese sollen den neuen entwicklungspolitischen Ansatz der Kommission, die *Agenda for Change* unterstützen, indem sich die Finanzmittel der EU auf wenige Sektoren zur Unterstützung von Demokratie, Menschenrechten und Guter Regierungsführung sowie von umfassendem nachhaltigem Wachstum konzentrieren. Im Sinne der "Differenzierung" werden mehr Mittel dort eingebracht, wo sie größtmöglichen Nutzen bringen können, d.h. in den ärmsten Ländern und fragilen Staaten. Der Vorschlag wird dem Europaparlament und dem Rat 2012 zur Entscheidung vorgelegt. Die dänische Ratspräsidentschaft wird die Prozesse ab Januar 2012 weiter begleiten.

Insgesamt veranschlagt die Kommission für neun geographische und thematische Instrumente eine Summe von €96.249,4 Mio. für den Zeitraum von 2014-2020. Diese Summe setzt sich zusammen aus:

Instrument für Heranführungshilfe (IPA):	14 110 Mio. EUR
Europäisches Nachbarschaftsinstrument (ENI):	18 182 Mio. EUR
Finanzierungsinstrument für die Entwicklungszusammenarbeit (DCI):	23 295 Mio. EUR
Partnerschaftsinstrument (PI):	1 131 Mio. EUR
Stabilitätsinstrument (IfS):	2 829 Mio. EUR
Europäisches Instrument für Demokratie und Menschenrechte (EIDHR):	1 578 Mio. EUR
Instrument für Zusammenarbeit im Bereich der nuklearen Sicherheit:	631 Mio. EUR
Instrument für Grönland:	219 Mio. EUR
Europäischer Entwicklungsfonds (EEF, außerhalb des Haushaltsplans der EU):	34 276 Mio. EUR

Das Prinzip der Differenzierung wird zunächst auf die Partnerländer innerhalb der Instrumente ENI und DCI angewandt. So sollen 17 Länder mit mittlerem Einkommen der oberen Einkommenskategorie (Argentinien, Brasilien, Chile, China, Costa Rica, Ecuador, Iran, Kasachstan, Kolumbien, Malaysia, Malediven, Mexiko, Panama, Peru, Thailand, Uruguay und Venezuela) sowie zwei große Länder mit mittlerem Einkommen der unteren Einkommenskategorie, deren BIP 1 % des globalen BIP übersteigt (Indien und Indonesien), neue Partnerschaften mit der EU eingehen und keine bilaterale Hilfe mehr empfangen. Diese neuen Partnerschaften basieren eher auf beiderseitigen Interessen und verfolgen nicht die Ziele klassischer Entwicklungszusammenarbeit. Dennoch soll die Zusammenarbeit mit diesen Ländern nicht reduziert werden, sie wird in thematischen oder regionalen Programmen sowie dem neuen Partnerschaftsinstrument fortgeführt.

Gemäß dem Vorschlag des Entwicklungskommissars Andris Piebalgs soll das Finanzierungsinstrument für die Entwicklungszusammenarbeit neben traditionellen geographischen Programmen folgende drei horizontale Programme beinhalten:

- „Globale öffentliche Güter und Herausforderungen“, wovon über 25% für Klima- und Umweltziele und 20% für soziale Einbeziehung und menschliche Entwicklung veranschlagt sind
- Ein Programm zur Unterstützung der Zivilgesellschaft und lokaler Verwaltungen
- Ein neues panafrikanisches Instrument

Im Rahmen des neuen Europäischen Nachbarschaftsinstruments (ENI) wird die EU im Sinne der Neuausrichtung der Europäischen Nachbarschaftspolitik weiterhin dieselben 16 Nachbarländer in den Bereichen Demokratie und Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Gute Regierungsführung, nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung sowie Integration in den EU-Wirtschaftsraum unterstützen

Innerhalb des Instruments für Heranführungshilfe (IPA) fördert die EU weiterhin die Erweiterungsländer in ihren Reformbestrebungen und der Vorbereitung auf den EU-Beitritt. Die Kooperation konzentriert sich hierbei auf die regionale Zusammenarbeit, die Einhaltung von EU-Normen sowie die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Länder.

[http://ec.europa.eu/europeaid/how/finance/mff/financial\\_framework\\_news\\_en.htm](http://ec.europa.eu/europeaid/how/finance/mff/financial_framework_news_en.htm)

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/886&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

[http://ec.europa.eu/europeaid/how/finance/documents/prop\\_reg\\_instrument\\_dev\\_coop\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/europeaid/how/finance/documents/prop_reg_instrument_dev_coop_en.pdf)

#### 4. EUROPEAN DEVELOPMENT DAYS

Seit 2006 richtet die Europäische Kommission gemeinsam mit der jeweiligen Ratspräsidentschaft jedes Jahr eine große öffentlichkeitswirksame Konferenz zur Entwicklungszusammenarbeit aus, um den verschiedenen weltweiten Akteuren im Feld ein Forum zum Austausch über aktuelle Tendenzen und beste Praktiken zu bieten sowie die Rolle der EU als strategische und inhaltliche Koordinatorin zu schärfen.

In diesem Jahr fanden die *Development Days* vom 15.-16.12. in Warschau statt. Schwerpunktthemen waren die *Agenda for Change* – neue Entwicklungsstrategie der EU –, der Stellenwert von Demokratie als Grundvoraussetzung für Entwicklung, die Rolle der Menschenrechte sowie die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit.

Traditionell gestaltet das Netzwerk der Politischen Stiftungen ENoP ein Diskussionsforum auf den Development Days, um hochrangige politische Akteure aus den Partnerländern der Stiftungen mit Vertretern der EU-Seite zu vernetzen. Das diesjährige Podium setzte sich mit der Begleitung von Wahlprozessen sowie der Förderung politischer Akteure und Parteien, einer Kernaufgabe der Entwicklungszusammenarbeit politischer Stiftungen, auseinander. Es wurde die Notwendigkeit einer nachhaltigen Demokratieförderung beleuchtet, die die Schulung von Ziel-

gruppen, die Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen sowie die Förderung des gesamtgesellschaftlichen politischen Dialogs beinhalten müsse.

## 5. BERICHT ZUR KOHÄRENZ IN DER EU-ENTWICKLUNGSPOLITIK

Am 20.12.2011 veröffentlichte die Europäische Kommission ihren zweijährigen Bericht zur Politikkohärenz zu Gunsten der Entwicklungszusammenarbeit.

2005 hatte die EU einen Ansatz zur Politikkohärenz für Entwicklung in zwölf Politikfeldern beschlossen, der einen schnelleren Erfolg bei der Erreichung der Millennium Development Goals gewähren soll. Die spezifischen Politikfelder umfassen Handel, Umwelt und Klimawandel, Sicherheit, Landwirtschaft, Fischerei, Sozialpolitik (Arbeitsmarkt), Migration, Forschung/Innovation, Informationstechnologie, Transport und Energie.

Der veröffentlichte Fortschrittsbericht soll zeigen, dass die EU und die Mitgliedsstaaten verstärktes Augenmerk auf den Beitrag ihrer Strategien in verschiedenen Bereichen zu Entwicklungszielen und zum Kampf gegen Armut legen. Dabei konzentriert sich die Studie auf die fünf Schlüsselbereiche Handel/Finanzen, Klimawandel, Ernährungssicherung, Migration und Sicherheit. Gleichzeitig verdeutlicht sie auch, dass es noch Verbesserungspotential bei der Schaffung von Kohärenz und Synergien gibt.

[http://ec.europa.eu/europeaid/what/development-policies/documents/eu\\_2011\\_report\\_on\\_pcd\\_en.doc.pdf](http://ec.europa.eu/europeaid/what/development-policies/documents/eu_2011_report_on_pcd_en.doc.pdf)

## 6. UNTERZEICHNUNG DES EU-BEITRITTSABKOMMENS MIT KROATIEN

Am 01.12. stimmte das Europäische Parlament mit großer Mehrheit (564 Ja-Stimmen, 38 Nein-Stimmen, 32 Enthaltungen) für die EU-Mitgliedschaft Kroatiens. Gleichzeitig wurde die Regierung in Zagreb jedoch aufgefordert, bei der Justizreform und im Kampf gegen Korruption und organisiertes Verbrechen entschiedener vorzugehen. Der Beitrittsvertrag wurde am 09.12. im Europäischen Rat unterzeichnet. Die Mitgliedschaft Kroatiens als 28. EU-Mitglied wird für den 1. Juli 2013 in Aussicht gestellt.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0539+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/883>

### Katharina Patzelt

Die Autorin ist Programm Managerin des Entwicklungspolitischen Europabüros der Hanns-Seidel-Stiftung in Brüssel.

#### IMPRESSUM

Erstellt: 09.01.2012

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Prof. Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer, Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: [iz@hss.de](mailto:iz@hss.de) | [www.hss.de](http://www.hss.de)

Hanns-Seidel-Stiftung, Quartalsbericht, Entwicklungspolitisches Europabüro Brüssel, IV/2011